

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

12.9.1928 (No. 213)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Ame und Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14
Telefon: Nr. 953 und 954
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Wegzugspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassensrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche. Falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25 auf Monatsschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Um die Rheinlandräumung

Die Besprechungen am Dienstag über die am Dienstagvormittag veranstaltete gemeinsame Besprechung der Delegierten Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Japans, die zweieinhalb Stunden dauerte, wurde ein nichtsagendes Komunique ausgegeben, wonach die Besprechung am Donnerstagvormittag festgesetzt wird. Die Verhandlungen hatten lediglich einleitenden Charakter. Es wurden in der Hauptsache die verschiedenen Standpunkte dargelegt und in drei Sprachen übertragen, was die lange Dauer der Besprechung erklärt.

Paris, 12. Sept. (Tel.) Über die gestrige Unterredung der Delegierten der an der Rheinlandfrage interessierten Mächte bei Lord Cushead glaubt der Genfer Berichterstatter des „Petit Parisien“ nähere Einzelheiten melden zu können. Nachdem der Reichskanzler und Briand — so erklärt er — sich über die Bedeutung ihrer Reden vor der Völkerbundversammlung geäußert hätten, habe man die These der Rheinlandräumung geäußert, nach der die sofortige Räumung für Deutschland ein unbestreitbares Recht sein würde, das sich ergebe aus der loyalen und vollständigen Ausführung der Klauseln des Vertrages entsprechend Artikel 431. Ebenso habe man die entgegengelegte These entwickelt, diejenige von dem politischen, militärischen und finanziellen Stand und den Gegenleistungen, die die Alliierten sowohl vom Standpunkt der Sicherheit, wie vom Standpunkt der Reparationen aus noch zu fordern berechtigt seien. Man habe wieder von Thoiry und den Vorschlägen gesprochen, die Stresemann damals flüchtig habe, im Vergleich zu denen, die ursprünglich von Reichskanzler Müller eingenommene Haltung einen Rückschritt bedeuten würde.

Es sei vereinbart worden, daß eine neue Unterredung am Donnerstag vormittag 10 Uhr stattfinden. Der Genfer Berichterstatter des „Matin“ weist darauf hin, daß Briand an dieser neuen Zusammenkunft sicher teilnehmen, und daß seine Reise nach Paris vielleicht nicht stattfinden werde, wenn die Unterredungen eine wirklich ermutigende Wendung nehmen sollten.

Der Sonderberichterstatter des „Deuvre“ glaubt, daß Deutschland vielleicht am kommenden Dienstaag mehr oder weniger präzise Angebote machen werde. Die Verhandlung werde lang und schwierig sein. Keine sofortige Lösung sei erkennbar, denn die Alliierten könnten in einiger Zeit und unter gewissen Bedingungen beschließen, die Kohlenzone zu räumen. In Genf werde aber nichts Endgültiges beschlossen werden.

Der Havas-Vertreter teilt mit: Man hat einen gemeinsamen Meinungsaustrausch über die von den deutschen Delegierten aufgeworfene Frage der vorzeitigen Rheinlandräumung gepflogen. Die Besprechung war wegen des Gebrauchs von drei Sprachen, französisch, englisch und deutsch, sehr erschwert, aber von größter Herzlichkeit getragen. Jeder der Vertreter der interessierten Staaten hat seine Ansicht frei geäußert. Man vermischt, daß die Besprechung sehr allgemein war und daß der Vertreter Deutschlands seinen Kollegen keine konkreten Vorschläge vorgelegt hat.

Eine Trauerfeier für Graf Brockdorff-Rantzau fand Dienstagmittag in der Dreifaltigkeitskirche zu Berlin statt. Der verstorbene Volschafte wird auf seinem Gute in Altenteichhöhe bei Schleswig beigesetzt.

Ein neues Abendblatt des Verlages Ullstein. Ab Dienstag erscheint in Berlin im Verlag Ullstein ein neues illustriertes Abendblatt „Tempo“, das einen für Deutschland neuen Zeitungstyp darstellt. Es ist eine täglich illustrierte Zeitung, in der auch die Behinderung fast ausschließlich der aktuellen Nachrichtenübermittlung dient. Die Zeitung erscheint ab 4 Uhr nachmittags in mehreren, um die jeweils letzten Meldungen aus Politik, Wirtschaft, Börse, Sport, Stadt und Reich erneuert und ergänzten Ausgaben.

Eine neue 45-Pfeinig-Briefmarke. Auf Anregung aus Wirtschaftskreisen hat die Reichspost nunmehr eine Briefmarke für 45 Pf. drucken lassen, die bereits jetzt bei den Postämtern ausgegeben wird. Die Marke ist vor allem für die Freimachung von Einschreibebriefen innerhalb Deutschlands bestimmt.

„Graf Zeppelin“ am Samstag startbereit

ld. Friedrichshafen, 12. Sept. Die Fällung des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ ist nun soweit fortgeschritten, daß das Schiff voraussichtlich am Samstag startbereit sein wird. Ein genauer Zeitpunkt für die Weltfliegenfahrt wird vorher nicht bestimmt werden, da man wegen der sehr beschränkten räumlichen Verhältnisse der Halle und des Landungsplatzes nur bei ziemlich windstillem Wetter ausfahren wird. Während bei der Weltfliegenfahrt außer der Besatzung nur Westpferd mitfahren wird, werden bei der darauf folgenden ersten öffentlichen Fahrt auch offizielle Gäste, Pressevertreter und Vertreter der Versuchsanstalt für Luftfahrt teilnehmen.

Die Flugpläne Hünefelds

ld. Berlin, 12. Sept. (Tel.) Zu der Meldung, daß Freiherr von Hünefeld, der in diesen Tagen vom Flugplatz Böblingen nach Berlin zurückgekehrt ist, einen Westflug plan, erfahren wir, daß dieser Flug mit der „Europa“, die Freiherr von Hünefeld von den Zünferswerthen gekauft hat, unternommen werden soll. Es steht jedoch noch nicht fest, wann der Start stattfinden gehen wird, und ebenso sind noch keinerlei Einzelheiten über die Flugtratte festgelegt worden. Als Begleiter werden ein schwedischer Reserveoffizier und ein Finnländer mitfliegen.

Letzte Nachrichten

Das englische Kabinett

ld. London, 12. Sept. (Tel.) „Daily Telegraph“ erfährt: Unmittelbar vor den Neuwahlen im nächsten Jahr werde eine Mitteilung über die Umbildung des Kabinetts Baldwin gemacht werden, die durch die aus Gesundheits- oder anderen Gründen geäußerten Wünsche verschiedener Mitglieder erforderlich sei. Es verlautete, daß der Staatssekretär des Innern, John Simon, aus Gesundheitsrückichten wünsche, sein Ressort gegen eine weniger schwer lastende Verantwortung zu tauschen. Vorausichtlich würden ferner an der Umbildung beteiligt sein: Chamberlain, Lord Balfour, Bridgeman, Lord Salisbury (Führer der Regierung im Oberhaus), Lord Curzon und Cunliffe-Lister. Lord Birkenhead dürfte bald aus dem Kabinett ausscheiden, um einen Posten in der City anzunehmen. Es sei unvermeidlich, daß dem neuen Kabinett viel neues Blut zugeführt werde.

Hugo Stinnes legt seine Ämter nieder

ld. Berlin, 12. Sept. (Tel.) Von den Aufsichtsräten der Stinnes-Gesellschaften wird uns mitgeteilt: Herr Hugo Stinnes jung hat wegen der gegen ihn schwebenden Untersuchungen seine gesamten Ämter in Vorkänden und Aufsichtsräten in in- und ausländischen Gesellschaften zur Verfügung gestellt. Im Einvernehmen zwischen den deutschen und amerikanischen Aufsichtsratsmitgliedern der Stinnesgesellschaft des Stinnes-Konzerns, der Hugo-Stinnes-Korporation, werden die Geschäfte der Gesellschaft und Untergesellschaften von den bisherigen Leitern dieser Gesellschaften nach Anweisung durch den Aufsichtsrat weitergeführt. Gleichzeitig wird vom Aufsichtsrat der Hugo-Stinnes-Korporation folgende Erklärung abgegeben: Die Hugo-Stinnes-Korporation und die von ihr kontrollierten und ihr angehörenden Gesellschaften haben zu keinem Zeitpunkt in irgendeiner Form mit den Geschäften zu tun gehabt, die zur Zeit Herrn Hugo Stinnes jung zur Last gelegt werden.

Einer Berliner Korrespondenz zufolge werden Reichskommissar Dr. Weismann und Kriminalkommissar von Rasow schon heute oder morgen ihre Ermittlungen in Wien beenden und nach Berlin zurückkehren können. Es verlautet ferner, der in Wien verhaftete Finanzmann Bela Grosz werde in Kürze ausgeliefert und nach Berlin übergeführt werden. Seinen Aussagen schreibt man Wichtigkeit zu. Die Vernehmungen in dem Verfahren gegen Stinnes dürften in etwa 10 Tagen beendet sein. Es steht noch nicht fest, ob die Verteidigung vorher noch einmal einen Antrag auf Haftentlassung Hugo Stinnes stellen wird.

Aufdeckung einer Verschwörung in Spanien?

ld. Paris, 12. Sept. (Tel.) Havas meldete aus Senbaya, daß die spanische Polizei ein Komplott entdeckt habe. Zahlreiche Verhaftungen seien in Madrid und mehreren anderen Städten Spaniens vorgenommen worden. Nach weiteren Meldungen sollen mehrere tausend Personen bereits ins Gefängnis eingeliefert worden sein, darunter zahlreiche revolutionäre Agenten, die von den Urhebern des Komplotts auf verschiedenen strategischen Punkten verteilt worden seien. Allein in Saragossa seien mehrere hundert Personen verhaftet worden. Die Festnahme zahlreicher Soldaten der Detachmenten scheine darauf hinzudeuten, daß militärische Elemente an dem Komplott beteiligt seien. In Madrid sollen 30 Personen verhaftet worden sein, darunter zahlreiche bekannte Republikaner, außerdem verschiedene kommunistische Delegierte, die zur Teilnahme an dem Kongreß des spanischen Bergarbeiterverbandes erschienen seien, der gegenwärtig in Madrid tagt. Auch in Barcelona seien mehrere hundert Personen verhaftet worden, darunter der Brigadegeneral Lopez Aghoa, einer der erbittertesten Gegner des Generals Primo de Rivera.

Der König von Spanien in Kiel

ld. Kiel, 12. Sept. (Tel.) Auf der Reise nach Stockholm traf der König von Spanien an Bord des Kreuzers „Principe Alfonso“ heute früh 2 Uhr durch den Norddeutscher Kanal kommend in Kiel ein. In Brunsbüttel wurde der König durch eine Ehrenkompanie der Reichswehr begrüßt. Der Kreuzer wird am Mittwochnachmittag die Weiterreise nach Stockholm antreten. Heute vormittag unternahm der König eine Rundfahrt durch Kiel.

Wetten für Hoover

ld. London, 12. Sept. (Tel.) „Daily Telegraph“ berichtet aus New York, daß in Wallstreet die Wetten 24 : 1 für Hoovers Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen stehen. Der Korrespondent fügt hinzu, daß der Wettermarkt in Wallstreet in den letzten 50 Jahren nur dreimal nicht das richtige Wahlergebnis vorausgesehen habe.

Freilassung von Sowjetleuten in Peking

ld. Peking, 12. Sept. (Tel.) Wie die Wäpiter melden, wurden 15 Mitglieder der sowjetrussischen Botschaft, die bei der Durchsicherung der Botschaft am 6. April 1927 verhaftet wurden und bisher in Haft waren, jetzt vom Gericht für unschuldig befunden, da kein Beweis dafür vorliege, daß sie gegenrevolutionär gewesen seien. Sie werden voraussichtlich noch in dieser Woche nach Rußland abreisen.

* Zur aussenpolitischen Lage

Wenn wir in unserem gestrigen Artikel bei der Erörterung der Beziehungen zwischen Frankreich und uns hauptsächlich von der Räumungsfrage sprachen, so geschah das deshalb, weil sie in der Tat die für uns wichtigste und drängendste Frage ist. Damit ist aber keineswegs das Thema unserer Wünsche erschöpft. Gottlob sind wir in der Lage, unsere anderen Wünsche in unserer Eigenschaft als Mitglied des Völkerbundes in den Beratungszimmern dieser Institution öffentlich zum Ausdruck zu bringen, ohne daß man uns darauf aufmerksam macht, daß diese Angelegenheiten nur die Vertragsmächte von Versailles etwas angehen.

Tatsächlich hängt ja alles eng miteinander zusammen: Räumungsfrage, Reparationsproblem, Abrüstungsfrage und Säug der nationalen Minderheiten. Mithalben kommt es schließlich immer wieder auf den ehrliehen Verständigungswillen Frankreichs an. Natürlich werden wir den formal-rechtlichen Bedingungen gerne Rechnung tragen und die beiden ersten Punkte mit unseren Vertragspartnern von Versailles, die beiden letzten Punkte dagegen im Schoße des Völkerbundes behandeln. Hinter den Kulissen werden jedoch praktisch die Fragen ineinanderfließen, und der Völkerbund wird mit seinen Tagungen ganz von selbst die beste Gelegenheit zu Besprechungen der Vertragspartner von Versailles darbieten. Im übrigen wäre der Völkerbund auch formal-rechtlich befugt, Streitigkeiten, die sich aus den Friedensverträgen ergeben, vor sein Forum zu ziehen.

Der deutsche Reichskanzler, Hermann Müller, hat in Genf in seiner Rede, die den Beifall des gesamten deutschen Volkes fand, weil sie aus dem Herzen dieses Volkes gesprochen war, die bisherige Art und Weise, wie man die Abrüstungsfrage behandelte, kritisiert und mit Recht auf den Widerspruch hingewiesen, der darin besteht, daß die Regierungen sich feierlich auf die Erhaltung des Friedens verpflichten, zur gleichen Zeit aber ihre alten Nachtopositionen festzuhalten und neue zu gewinnen suchen. Hermann Müller hat mit einer Offenheit gesprochen, die man — wir sagen leider — bisher in Genf nicht gewohnt ist. Zur Sache selbst hat er prinzipiell die Abrüstung verlangt und erklärt, zunächst könne und müsse erreicht werden, daß wenigstens eine fühlbare Herabsetzung des gegenwärtigen Rüstungsstandes eintritt, und daß diese Herabsetzung sich auf alle Faktoren der Rüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft bezieht. Er hat demgemäß an die Bundesversammlung das dringende Ersuchen gerichtet, sich nun endgültig über die Einberufung einer ersten Entwaffnungskonferenz schlüssig zu werden.

Es ist klar, daß die Haltung der Siegerstaaten, vor allem aber Frankreichs, in der Abrüstungsfrage bei uns in Deutschland wachsende Verstimung hervorruft. Trotz aller Friedensgarantien leistet sich Frankreich einen Rüstungsapparat, der ganz ungeheuerlich ist, und zögert nicht im geringsten, sogar die Reparationssummen für Verstärkung dieses Rüstungsapparates zu verwenden. Die Rede Briands aber zeigt, wie sehr auch die relativ vernünftigen Politiker drüben vom Rüstungswahn und von der Vorstellung eines kommenden Krieges mit Deutschland befallen sind. Denn auch Briand hat in seiner aufsehenerregenden Rede klipp und klar gesagt, daß ein Volk wie das deutsche, das in dem letzten Jahrzehnt eine so imponierende Probe seiner Leistungsfähigkeit abgelegt habe, auch heute noch trotz der Entwaffnung gefährlich sei, da es auf den beiden Gebieten, die für den Krieg der Zukunft die entscheidenden sein würden, auf den Gebieten des Luftkrieges und des Gaskrieges im Handumdrehen als ebenbürtiger Gegner dastehen könne und in seiner Reichswehr sowohl, wie in den alten Frontsoldaten aus der Zeit des Weltkrieges ein ausgezeichnetes Fundament für ein großes Heer besitze.

Was Briand sagt, ist gewiß nicht ganz unrichtig. Man kann eben ein 65-Millionen-Volk nicht einfach auslöschen und nicht auf die Dauer in einem Zustand faktischer Wehrlosigkeit halten. Aber was folgert für den gesunden Menschenverstand und für ein wahrhaft friedliebendes Gemüt aus dieser Einsicht? Doch wohl nur das eine, daß man sich mit einem solchen Volke in Güte verständigen und planmäßig alle Anlässe zu Saß und Feindseligkeit aus dem Wege räumen sollte.

Deutschland hat in der Befundung seines guten Willens zur Verständigung ein ganzes Jahrzehnt lang eine wahre Lammgebild bewiesen. An uns liegt es also nicht, wenn es zu keiner rechten Verständigung kommen will. Die Franzosen sollten sich ein Beispiel an den Engländern nehmen. Die Engländer haben aus der Erkenntnis, daß die Franzosen eine ziffermäßig überlegene Luftflotte besitzen und jederzeit London von obenher in Trümmer legen könnten, die Lehre gezogen, daß es klug sei, sich an eine solche Nation diplomatisch näher anzuschließen. Wenn also Deutschland nach französischer Auffassung wirklich gefährlich ist, dann würde man diese Gefahr doch wohl nur durch den Geist von Locarno bannen können.

Die Politik von Locarno steht aber, was die französischen Leistungen betrifft, nur erst auf dem Papier. Wir lesen jetzt, daß die Besprechungen, die gestern in Genf zwischen den Vertragspartnern von Versailles über die Räumungsfragen stattfanden, im großen und ganzen ein günstiges Resultat gehabt hätten, zumal Briand von neuem mit allem Nachdruck bemüht war, den schlechten Eindruck seiner vorgelegten Rede abzuwischen. Aber wir lesen auch wieder, daß Frankreich von neuem eine Verknüpfung der sogenannten Sicherheitsfrage und der Reparationsfrage mit der Frage der Rheinandräumung verlange, und daß von bestimmten Garantien gesprochen wird, die wir nach der Räumung in bezug auf die Entmilitarisierung der Rheinlande bieten sollen.

Morgen wird eine neue Besprechung stattfinden. Vielleicht gelingt es, die Grundlinien einer alle Teile befriedigenden Lösung festzulegen. Besteht Frankreich allerdings darauf, daß die Räumungsfrage nur im Zusammenhang mit der Frage der Reparationen und der interalliierten Schulden erledigt wird, dann wird das, da Amerika sich nach wie vor ablehnend verhält, nichts anderes bedeuten als eine Ablehnung unserer Wünsche.

Die Einführung des Zweiklassensystems bei der Reichsbahn

Die Einführung des Zweiklassensystems bei der Reichsbahn ist nunmehr, wie gemeldet, endgültig für den 7. Oktober 1928 vorgegeben. Die 4. Klasse fällt weg. Die bisherige 1. Klasse wird nur in den besonders wichtigen Schnellzügen, in den FD-Zügen, FFD-Zügen und in den Schlafwagen beibehalten. Damit treten auch die von dem Reichsverkehrsminister genehmigten Tarifänderungen in Kraft.

Die Einheitsätze der Einzellarten betragen einschließlich Beförderungsteuer je Kilometer in der 1. Klasse 11,2 Pf., in der 2. Klasse 5,6 Pf., in der 3. Klasse 3,7 Pf. mit einem Spannungsverhältnis von 1:1,5:3.

Die Schnellzugzuschläge betragen:

	1. und 2. Kl.	3. Klasse
1. Zone (1-75 Km.)	2.- 2M	1.- 1M
2. " (76-150 ")	4.- " "	2.- " "
3. " (151-225 ")	6.- " "	3.- " "
4. " (226-300 ")	8.- " "	4.- " "
5. " (über 300 ")	10.- " "	5.- " "

Die Sitzzugzuschläge betragen:

	2. Klasse	3. Klasse
Nahzone (1-35 Km.)	0.50 RM	0.25 RM
1. Zone (36-75 ")	1.- " "	0.50 " "
2. " (76-150 ")	2.- " "	1.- " "
3. " (151-225 ")	3.- " "	1.50 " "
4. " (226-300 ")	4.- " "	2.- " "
5. " (über 300 ")	5.- " "	2.50 " "

Für FD-Züge ist außerdem ein Sonderzuschlag von 4 M in der 1. und 2. Klasse, für FFD-Züge (Rheingoldzug) ein Sonderzuschlag von 8 M in der 1. und 2. Klasse zu zahlen. Bei Gesellschaftsfahrten in Schnell- oder Sitzzügen wird der Zuschlag nur in Höhe von 75 Prozent erhoben.

Es werden besondere Monatskarten für Personenzüge und für Sitzzüge ausgegeben. Ihre Preise werden nach folgenden Einheitsätzen gebildet:

2. Klasse Personenzug	5,6 Pf.
2. Klasse Sitzzug	7,5 Pf.
3. Klasse Personenzug	3,3 Pf.
3. Klasse Sitzzug	5,0 Pf.

Die Preise der 3. Klasse Personenzug entsprechen hier demnach künftig denen der jetzigen 4. Klasse, die der dritten Klasse Sitzzug denen der jetzigen 3. Klasse und die der 2. Klasse Sitzzug denen der jetzigen 2. Klasse.

Die Preise der Arbeiterwohnenkarten und Kurzarbeiterwohnenkarten bleiben unverändert. Als Preis der Arbeiterwohnenkarten wird der Fahrpreis der 3. Klasse Personenzug für einfache Fahrt erhoben.

Für die Beförderung von Hundebeständen ist der halbe Fahrpreis der 3. Klasse Personenzug zu zahlen.

Die Einzel- und Zeitkartenpreise im Berliner und Hamburg-Altonaer Stadt-, Ring- und Vorortverkehr, die Preise der Militärfahrkarten und Bahnsteigtarten, sowie die Gepäcks- und Expressfrachten bleiben unverändert.

Die beschleunigten Personenzüge werden in den Fahrplänen nicht mehr als solche bezeichnet; sie werden aber, soweit sie nicht gemäß besonderer Anordnung (etwa 30 Prozent) als Sitzzüge gefahren werden, als Personenzüge mit den bisherigen Unterwegsaufhalten und verkürzter Reisedauer beibehalten. Dies sind etwa 70 Prozent der heute verkehrenden beschleunigten Personenzüge, bei denen lediglich das Zeichen „BP“ wegfällt.

Dr. h. c. Sorge †. Dr. h. c. Kurt Oskar Sorge, Ehrenpräsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie, ist in Berlin gestorben.

General Guillaumat über die Rheinlandmanöver. Die Manöver der französischen Rheinarmee, die im Eifelgebiet stattfanden, sind am Dienstag zu Ende gegangen. Der Oberkommandierende der Rheintruppen, General Guillaumat, kam in seiner Kritik auch auf die Teilnahme eines englischen Infanterieregiments zu sprechen. Die Truppen hätten der Bevölkerung gezeigt, daß es noch eine französische Armee gibt, mit der man rechnen müssen, falls die diplomatischen Instrumente nicht genügen sollten.

Manöver der französischen Luftstreitkräfte. Am 14. und 15. September werden bei Paris große Manöver der französischen Luftstreitkräfte stattfinden, an denen 350 Flugzeuge teilnehmen sollen. Der englische Luftfahrtminister wird dem „Rat“ zufolge den Übungen beizuwohnen.

Deutschland und die Briand-Rede

Zur Briand-Rede macht die offiziell informierte „Deutsche Diplomatisch-Politische Korrespondenz“ unter dem einleitenden Hinweis, daß die Rede von der ganzen deutschen Presse und dem objektiven Teil der Weltöffentlichkeit mit einem Bestreben aufgenommen worden sei, das auch die Darlegungen Briands vor der Presse nicht zu beirren vermocht habe, folgende Ausführungen:

Briand hat ungefähr angedeutet, die deutsche Abrüstung sei wesentlich eine materielle, habe lange gedauert und ein gewisses Drängen notwendig gemacht. Die Anspielungen auf das Bedürfnis nach moralischer Abrüstung lassen sich in diesem Zusammenhang schlechterdings nicht anders auslegen, als daß deren Stand in Deutschland nicht vollkommen befriedigend sei. Der Bestand unserer Verteidigungskräfte ist durch den Versailleser Vertrag festgelegt. Angesichts der Größe und Schwierigkeit der Aufgabe kann die Verzögerung kaum im Ernst behauptet werden, denn die Zerstörungsbestimmungen waren bereits 1923 zu 95 Prozent erfüllt. Ob erzwungen oder nicht, die Verminderung der deutschen Verteidigungskraft auf ihr gegenwärtiges Maß stellt einen objektiven Tatbestand dar, von dem alle anderen Mächte ausgehen müßten, um ihre Maßnahmen für den Rüstungsabbau daran zu knüpfen.

Wo befinden sich weiter die deutschen Reserven, auf die Briand anspielt? Er verwechselt offensichtlich die Begriffe Menschenmaterial und Kriegsmaterial einschließlich Rüstungsindustrie. Das eine ohne das andere ist unter den modernen militärischen Verhältnissen wertlos, und der Wiederaufbau einer Rüstungsindustrie in Deutschland würde Jahr und Tag dauern und könnte nicht einmal geplant werden, ohne in der ganzen Welt als ein Verstoß gegen die vertraglichen Verpflichtungen bekannt zu werden.

Der Versuch Briands schließlich, die Zurückhaltung gegenüber der Abrüstung mit einem Hinweis auf den Bolschewismus und seine Gefahren zu begründen, ist widersprüchlich; denn in dem Augenblick, als man Deutschland die Zerstörung seiner Wehrmacht auferlegte, war diese Gefahr ja viel akuter und unübersehbarer. Deutschland zudem als unmittelbarer Nachbar ihr in viel höherem Maße ausgesetzt als andere Länder. Damals hat man keine Rücksicht auf die heute angeblich vorhandene Gefahr genommen.

Briand hat sich bei seiner Rede einer Argumentation bedient, wie sie wohl in einzelnen nationalistischen Organen planmäßig immer wieder auftaucht, wie sie aber weder vom Geist der Verständigung noch von den Bestrebungen paßt, die er selbst einst mit dem zündenden Ausruf ausdrückte: Rieder mit den Kanonen, nieder mit den Mitrailleusen.

Der Reichskanzler erwidert Briand

Reichskanzler Müller empfing Dienstag abend in Genf die Weltpresse. Mehrere hundert Journalisten hatten sich zu dem Empfange eingefunden. Nach Worten des Bedauerns über das Fernbleiben des Reichsaußenministers Dr. Stresemann, der die Arbeiten in Genf sehr aufmerksam beobachtete, betonte der Reichskanzler, daß er im Völkerbund die gleiche Politik verfolgen würde, wie der Reichsaußenminister. Er besprach dann sehr eingehend den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage und wies insbesondere darauf hin, daß die deutsche Abrüstung auch in den jetzigen Debatten der Völkerbundsversammlung als vollzogen festgestellt wurde. Er unterstrich die mit der Abrüstung vollbrachte ungeheure Leistung Deutschlands. Als Beispiel führte er an, daß allein von 40 000 Offizieren 36 000 entlassen werden mußten.

Des Weiteren führte der Reichskanzler aus, daß im jetzigen militärischen Leben die Kriegsmittel, insbesondere schwere Artillerie, Tanks usw., ausschlaggebend sind, über die aber Deutschland nicht verfüge, und daß andererseits die Erfahrung gezeigt habe, daß die Herstellung solcher Kriegsmittel lange Zeit in Anspruch nehme. Der Reichskanzler sprach ferner von der These, wonach ein Versuchsversagen, das Deutschland übrigens aufgezwungen worden sei, den Kern für ein Volkstober abgebe, wobei er darauf hinwies, daß im modernen Krieg die Angriffskraft ausschlaggebend ist, und an das Beispiel Englands und Amerikas erinnerte, die lange Zeit gebraucht hätten, bevor sie im letzten Kriege die entsprechende Umstellung vollzogen hatten. Das gleiche aber gelte auch für die immer wiederkehrende Behauptung von der schnellen Umstellungsmöglichkeit der Friedensindustrie auf Kriegsindustrie.

Bzüglich der Rheinlandräumung erinnerte schließlich der Kanzler an seine Regierungserklärung, in der er bereits angekündigt hatte, daß die Reichsregierung Verhandlungen über die Rheinlandräumung anstrebe, für die sie sich sowohl auf juristische als moralische Gesichtspunkte berufen könne.

Diese Ausführungen des Reichskanzlers waren eine offizielle Erwidern auf Briands Rede. Es ist die Absicht der deutschen Delegation, dem französischen Außenminister in offizieller Form erst später im Laufe der Völkerbundsdebatten zu antworten, weil es im gegenwärtigen Stadium der Rheinlandverhandlungen nicht opportun erscheint, die deutsch-französische Polemik noch weiter zu verschärfen.

Cushendun sekundiert Briand

Der Vertreter Chamberlains, Lord Cushendun, sprach am Dienstag in der Völkerbundsversammlung des Völkerbundes. Er sagte, die Enttäuschung des Reichskanzlers über die Langsamkeit des Fortschreitens könne er durchaus verstehen. Er selbst teile diese Enttäuschung. Der Reichskanzler würdige aber die Schwierigkeiten nicht in ihrem vollen Ausmaß. Kein Beschluß der Völkerbundsversammlung werde dieses Ziel erreichen. Die Völkerbundsversammlung könne nur den Wunsch nach Abschluß der Arbeiten und die Enttäuschung über diesen noch nicht erfolgten Abschluß zum Ausdruck bringen. Jeder Staat müsse selbst darüber bestimmen, und gerade darin liege die eigentliche Schwierigkeit. Mit einer Einigung zwischen einzelnen Staaten in dieser Frage sei es durchaus nicht getan. Die Vorbereitung des Abrüstungsvertrages erfordere daher viel Geduld. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung seien die Schwierigkeiten, die nach einstimmiger Anerkennung aller Sachverständigen vom Luftkrieg in Verbindung mit dem Gaskrieg zu erwarten seien. Beide Zweige fördere man als Friedensindustrie, aber in beiden Fällen könne man sich keine Illusionen machen über ihre leichte Verwertbarkeit bei Ausbruch eines neuen Krieges. (1)

Bei Behandlung des britisch-französischen Flottenkompromisses wies Lord Cushendun mit Nachdruck die entstehenden Deutungen als unbegründete Verdächtigung und reine Erfindung zurück. In diesem Zusammenhang begrüßte er die Wendung Briands vom Friedensgeist, der die sorgfältigste Pflege erfordere. Es sei die anglicke Sorge der englischen Regierung, die in Artikel 8 des Völkerbundsvertrages enthaltene Abrüstungsverpflichtungen dadurch zu erfüllen, daß der Boden für die gemeinsame Aktion geschaffen wird.

W.D. London, 12. Sept. (Tel.) „Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel, es scheine Lord Cushendun gelungen zu sein, den Sturm vorläufig etwas zu beschwichtigen; eine wahre Beruhigung könne jedoch nur kommen, wenn der wirkliche Erreger beseitigt sei, nämlich die alliierte Rheinlandsbesetzung. Das Blatt führt aus: Deutschland ist im Recht, wenn es geltend macht, daß diese Besetzung mit Locarno unvereinbar ist. „Daily Chronicle“ wirft Briand vor, daß er der

deutschen Politik nicht Rechnung getragen habe. Die letzten Reichstagswahlen hätten die friedensliebenden Parteien gestärkt. Der Reichskanzler Müller sei Sozialdemokrat. Frankreich müsse diese Tendenz ermutigen. Der Weg dazu sei, Deutschland jetzt mit mehr und nicht weniger Rücksicht als zuvor zu behandeln. — „Daily Herald“ bezeichnet die Rede Lord Cushenduns als „ominös“ und bemerkt, sie habe ebenso wie die Rede Briands largemacht, daß wenig oder keine Hoffnung auf eine Einberufung der Abrüstungskonferenz bestehe.

Der Haushalt des Völkerbundes

Im Haushaltsausschuß der Völkerbundsversammlung wurde Dienstag nachmittag ein englischer Vorkauf in dem Sinne unternommen, daß der Haushaltsplan des Völkerbundes, der nach dem Vorschlag des Generalsekretärs eine Erhöhung von 1,5 Millionen Goldfranken vorsieht, auf dem Stande des letzten Jahres bleibt, der eine Summe von rund 25 Millionen vorsieht, stabilisiert werde. Frankreich, Österreich, Holland und die Schweiz wandten sich gegen diesen radikalen Antrag, und zwar vor allem mit dem Hinweis auf die Entwicklung der Tätigkeit der technischen Organisationen des Völkerbundes, vor allem auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet.

Die Sozialdemokratie gegen das Volksbegehren

In der am Dienstag in Berlin abgehaltenen Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der von den Kommunisten eingeleitete Volksentscheid ist nicht geeignet, die Streikfrage des Panzererschiffbaues zur Entscheidung zu bringen. Die Kommunisten erziehen in ihrem Volksbegehren eingetandenermaßen auch gar nicht die Behinderung des Panzererschiffbaues, sie erbliden in ihm nur eine Gelegenheit, die Sozialdemokratie zu verleumden und zu beschimpfen. Für die Parteigenossen ergibt sich daraus von selber die Pflicht, dieser gegen die Sozialdemokratische Partei gerichteten Aktion auf das entschiedenste entgegenzutreten.“

Die unterstützten Arbeitslosen am 31. August

In der Zeit vom 16. bis 31. August ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung wiederum in geringem Umfang gestiegen (von rund 567 700 auf 574 500 oder um 1,3 Proz.). Wie in den vorhergehenden 14 Tagen ist die Steigerung nur auf die Zunahme der männlichen Hauptunterstützungsempfänger zurückzuführen, deren Zahl um rund 9200 oder 2,3 Proz. gestiegen ist. Die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger ist im Gegensatz hierzu um 2500 oder 1,5 Proz. zurückgegangen.

In der Krisenunterstützung ist in der Berichtszeit die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen weiter zurückgegangen, und zwar bei den Männern um 0,6 v. H., bei den Frauen 2,0 v. H. Insgesamt fiel die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 80 900 auf 80 200 oder um 0,8 v. H.

Vorbereitung der großen Justizreform

Die Juristische Arbeitsgemeinschaft für Gesetzgebungsfragen hat nach Mitteilung der Deutschen Juristenzeitung unter dem stellvertretenden Vorsitz des Kammergerichtspräsidenten i. R. Dr. von Staff die Einsetzung zweier Unterausschüsse zur Vorbereitung der Justizreform beschlossen.

Der erste Unterausschuß soll unter der Leitung des Staatssekretärs a. D. Birkh. Geh. Rat Dr. Mügel sich mit Organisationsfragen beschäftigen und dabei u. a. erörtern: Vereinigung der Amtsgerichte und Landgerichte zu einer Behörde, Zuständigkeit der Einzelrichter, Aufhebung kleiner Amtsgerichte, Schaffung von Friedensgerichten, Befugung derselben (Rechtspfleger oder Notar), erweiterte Zuständigkeit der Urteilsbeamten oder der Rechtspfleger, Art und Weise der Mitwirkung der Rechtspfleger bei richterlichen Geschäften, Bestellung zum Rechtspfleger, Organisation der Gerichte 2. und 3. Instanz und der Staatsanwaltschaft, Zuständigkeit und Bestellung zum Amtsanwalt, Organisation der Rechtsanwaltschaft usw.

Dem zweiten Unterausschuß unter der Leitung von Prof. Dr. James Goldschmidt obliegt die Erörterung von Fragen des gerichtlichen Verfahrens, insbesondere: Verringerung der Tätigkeit der Gerichte, Einschränkung des Jugendbeweises und ausschließliche Zulassung des Urkundenbeweises usw.

Den Unterausschüssen sollen Angehörige sämtlicher juristischen Berufsgruppen angehören.

Die Ärzte gegen Erweiterung der Krankenversicherung

In einem Rundschreiben nimmt der Verband der Ärzte Deutschlands Stellung zu den Plänen, die auf eine Ausdehnung der Krankenversicherung abzielen, besonders hinsichtlich der Einbeziehung selbständiger Personen in die Pflichtversicherung.

Eine so weitgehende und grundsätzliche Änderung der Versicherungsgeetze sei für den ärztlichen Stand von der ernstesten Bedeutung. Die ärztlichen Spitzenorganisationen waren eindringlich vor einer Erweiterung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung, die über das wirtschaftliche Notwendige hinausgeht. Sie befürchten von einem etwaigen Übergang zur allgemeinen Krankenversicherung verhängnisvolle Folgen für das seelische, geistige und körperliche Wohl des deutschen Volkes. Gefordert wird, daß die ärztliche Tätigkeit in der Sozialversicherung baldmöglichst dem zu einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zusammengefaßt und mit ärztlicher Selbstverwaltung auszustattenden Berufsstände übertragen wird. Nur durch den Erlaß einer deutschen Reichsärzteordnung könne die Freiheit der ärztlichen Berufstätigkeit gewährleistet und die Art der ärztlichen Tätigkeit den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Sozialversicherung angepaßt werden. Die ärztlichen Spitzenverbände verlangen, vor dem Erlaß so wichtiger sozialpolitischer Gesetze gehört zu werden.

Faule und fleißige Wähler

Der Reichswahlleiter gibt jetzt in einer zusammenfassenden Darstellung die Hauptergebnisse der Wahlen zum Reichstag am 20. Mai 1928 bekannt. Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß die geringste Wahlbeteiligung auf der Insel Helgoland festgestellt werden mußte. Es haben sich nämlich dort nur 41,6 v. H. Stimmberechtigte an der Wahl beteiligt. Überaus unerfreulich war diesmal auch die Wahlbeteiligung in Baden. Von den Stimmberechtigten haben sich an der Wahl beteiligt: im Amtsbezirk Rehl nur 49,2 v. H., Mühlheim 48,5 v. H., Wühl 48,4 v. H. und Oberkirch nur 45,8 v. H. Im Gegensatz zu diesen unerfreulichen Feststellungen steht aber der Kreis Striegau im Wahlkreis Nr. 7 (Breslau), in dem die höchste Beteiligungsziffer erreicht wurde, nämlich 98,6 v. H.

Deutsch in New-Yorker Schulen an zweiter Stelle. Wie aus New York gemeldet wird, hat nach einem Bericht des stellvertretenden Leiters des fremdsprachlichen Unterrichts in den Mittelschulen der Unterricht in der deutschen Sprache prozentual die größten Fortschritte gemacht, so daß das Deutsche an zweiter Stelle hinter dem Französischen steht. Die gleiche Beobachtung trifft auch für die Mittelschulen und Universitäten östlich des Mississippi zu.

Der Bau des lothringischen Festungsgürtels

Montagnachmittag traf in Metz der französische Kriegsminister Poincaré ein. In seiner Begleitung befanden sich verschiedene Generale des Obersten Kriegsrates. Die Anwesenheit der Herren hat zum Gegenstand die erste Etappe der anzulegenden Werke des projektierten lothringischen Festungsgürtels. Die Anlagen sollen in einer großen Anzahl unterirdischer Befestigungen und Schützengräben bestehen, die durch ihre gegenseitige Verbindung eine fortlaufende Kette durch Lothringen bilden. Eine erste Rate von 200 Millionen Franken ist für die Arbeiten bereits in das diesjährige Budget aufgenommen worden.

Die „Lothr. Volkszeitung“ schreibt dazu u. a.: „Der neue Festungsgürtel wird in vielen Kreisen unseres Grenzlandes mit sehr gemischten Gefühlen betrachtet. Die in letzter Zeit von der staatlichen Bahn vorgenommenen Enteignungen haben recht viel böses Blut verursacht. Ferner fragen sich viele Kreise der Bevölkerung, ob ein solcher Festungsgürtel tatsächlich ein wirksamer Schutz für sie im Kriegsfall sein wird, oder ob dadurch ihr Land nicht vielmehr zu einem Glacis werden wird und ob bei der mit Riesenschritten fortschreitenden Entwicklung der modernen Kriegstechnik der neue Festungsgürtel nicht veraltet sein wird schon von dem Tage, an dem der letzte Stein eingestrichen wird. Er wird uns dann aber ein gutes Stück Geld gekostet haben, nicht nur die bisherigen 200 Millionen, sondern die hübsche Anzahl weiterer 10—12 Milliarden, wie in unterrichteten Kreisen gesagt wird. Endlich spricht alle Welt immer lauter von Abrüstung und schließlich-friedlichen Ausgleich der zwischen den Völkern bestehenden Konflikte. Da mühte doch in erster Linie die Frage einmal entschieden werden, ob man wirklich nicht auf anderen Wegen zum wahren Weltfrieden gelangen kann, als mit dem Bau neuer fossiler Festungsgürtel.“

Das französische Budget für 1929 schließt, wie das „Journal“ mitteilt, mit einem Einnahmeüberschuss von 55 631 708 Franken ab. Die Ausgaben sind eingeteilt mit 45 225 277 701 Franken (gegen 1928 ein Plus von 2 780 328 941), die Einnahmen mit 45 280 929 409 (gegenüber 1928 ein Plus von 2 784 313 233 Franken).

Verschiedenes

Große Unterschlagungen bei einer Berliner Industriefirma

WZV. Berlin, 12. Sept. (Tel.) In einer Industriefirma im Osten Berlins fiel der 29jährige Lohnbuchhalter Otto durch übertriebenen Aufwand auf. Eine Revision der Bücher ergab, daß Otto etwa 10—20 000 Reichsmark unterschlagen hatte. Der junge Mann mußte jedoch Verdacht geschöpft haben; denn noch ehe das Ergebnis der Revision festgelegt war, flüchtete er, nachdem er Wertpapiere in Höhe von zusammen 73 000 Reichsmark gestohlen hatte.

Mraubord im D-Zug

Ein furchtbares Verbrechen ist im D-Zug zwischen Hamburg und Bremen begangen worden. Der Direktor Nordmann von der zum Wannenbergischen Margarinekonzern gehörenden Delmenhorster Margarinefabrik ist von einem bisher unbekanntem Täter ermordet, beraubt und aus dem fahrenden Zuge geworfen worden. Die verstümmelte Leiche wurde von Bahnbeamten gefunden. Die Reichsbahn-Generaldirektion hat für die Ergreifung des Täters eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt. Alle Anzeigen sprechen dafür, daß es sich um einen wohlvorbereiteten Raubmord handelt.

Zeitschriftenschau

Künstlerische Illustrierte Zeitung. Wie ein Tridfilm entsteht. Das Werden des Tridfilms, über den täglich Tausende von Menschen lachen, ist für die meisten noch ein großes Geheimnis. Unter tausend Mühen und Beharrlichkeit, Überlegung und Geschicklichkeit werden die kleinen Karikaturcharaktere und Gesichter gezeichnet. Hat der Zeichner die verschiedenen Figuren und auswechselbaren Teile auf dem Papier gezeichnet, so werden sie ausgeschnitten, ebenso wie die Dekorationen, d. h. die Hintergründe. Figuren und Hintergründe gelangen jetzt auf den maschinellen Tridfilm, auf den sie horizontal gelegt werden. Die Aufnahme erfolgt nun unter greller Querschulampenbeleuchtung mit Hilfe einer über dem Tisch hängenden automatischen Kamera, und zwar müssen nach jeder Einzelaufnahme die Bewegungsphasen der Figuren und entsprechend die Hintergründe geändert werden. Wer mehr über dieses interessante Thema erfahren will, lese in der neuen Nummer der „Künstlerischen Illustrierten Zeitung“ nach, die eine ausführliche Darstellung, begleitet von Aufnahmen, darüber bringt.

Große von Gogh-Ausstellung in Karlsruhe. Nach längeren Verhandlungen ist es der badischen Kunsthalle in Karlsruhe gelungen, die berühmte Sammlung von Werken Vincents van Goghs aus dem Besitz der Frau Kröller-Müller im Haag für eine Ausstellung zu gewinnen. Sie wird in rund 150 Bildern und Zeichnungen, unter denen sich eine große Anzahl bekannter Hauptwerke befindet, einen umfassenden Überblick über das gesamte Schaffen des Künstlers vermitteln. Sie wird voraussichtlich noch zum Datum der diesjährigen Tagung des Landesvereins „Badische Heimart“ am 30. September für die Dauer von zwei Monaten eröffnet werden.

Günstiger Abschluß des Wälder Stadttheaters. Das Stadttheater Wälder erzielte für das Jahr 1927/28 zum ersten Male einen Betriebsüberschuss von 7396 Franken bei einem Gesamtumsatzenbetrag von 1,342 Millionen. Dadurch ermäßigt sich das Defizit vom Vorjahre auf 31646 Franken. Die Gesamteinnahmen der Oper betragen 358 000 Franken, das sind 22 000 Franken mehr als im Vorjahre. Die Operette erzielte 248 000 Franken und bleibt damit hinter dem Vorjahre um 24 000 Franken zurück. Einen großen Aufschwung nahm das Schauspiel, dessen Gesamteinnahmen 275 000 Franken betragen gegenüber 192 000 Franken im Vorjahre. Während die Oper und die Operette mit einem wesentlichen Defizit arbeiteten, erzielte das Schauspiel ein Mehr von circa 17 000 Fr.

Wetternachrichtenbüro der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Ganz Europa steht auch heute unter Hochdruckeinfluß, abgesehen von einem über Südschweden entwickelten, für unsere Bitterung aber nicht in Betracht kommenden kleineren Tiefdruckgebietes. Da ein Kern des Hochs nach der Nordsee abgezogen ist, sind die Temperaturen bei uns mit einsetzenden nordöstlichen Winden etwas zurückgegangen. Insbesondere trat heute nacht infolge Ausstrahlung bei wolkenlosem Himmel stärkere Abkühlung ein (Mehrebenene tiefste Temperatur 9—10 Grad). Die Hochdruckwetterlage wird voraussichtlich auch morgen erhalten bleiben. Wetteraussichten für Donnerstag: Meist heiter und trocken, im Südbereich noch vorübergehend bewölkt, nachts kühl. Frühnebel.

Badischer Teil

Vom Verbandstag der badischen Krankenkassen

Die Arbeiten der Verbandstagung des Verbandes badischer Krankenkassen (E. V. Offenburg) in St. Blasien brachten am Montag eine öffentliche Versammlung mit einer Anzahl von Referaten. Syndikus Dr. Edert vom Badisch-Pfälzischen Zimmermeisterverband, Sig Freiburg i. B., sprach über das Handwerk und die Sozialversicherung, Dr. Kottebaum, Frankfurt a. M., über lasenärztliche Anzeigerordnungen, während die zahnärztlichen Angelegenheiten von Direktor Rimmich vom Lehr- und Fortbildungsinstitut für Dentisten in Karlsruhe behandelt wurden.

Die Gemeinde St. Blasien bereitete den Tagungsteilnehmern einen feierlichen Empfang. Am Samstag abend war großes Doppelfest mit feierlich beleuchteten Kuraarten. Am Sonntag nachmittag unternahm man eine Autofahrt über den Berg zum Erholungsheim Nabenfels, das den Krankenkassen in Waldshut und Säckingen gehört. Bei der Zusammenkunft am Sonntag abend begrüßte Bürgermeister Dr. Schubert die Tagungsteilnehmer namens der Stadt. Ein gemeinsames Essen am Montag im Anschluß an die öffentliche Versammlung beendete die Tagung.

Aus dem statistischen Material ist erwähnenswert, daß bei den Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen in Baden sich im Jahre 1927 die Einnahmen auf insgesamt 71,9 Millionen Reichsmark belaufen. Davon entfallen auf die Allgem. Ortskrankenkassen 54,2 Millionen, auf die Betriebskrankenkassen 16,1 Millionen und auf die Innungs-Krankenkassen 1,5 Millionen. Pro Kopf der Mitglieder bedeutet dies eine Einnahme von 98,39 Reichsmark. Die Ausgaben erreichten fast die Höhe der Einnahmen, auf den Kopf des Mitgliederbestandes umgerechnet, sind es 98,34 Reichsmark. Lediglich die Allgemeinen Ortskrankenkassen haben Mehrausgaben gehabt in Höhe von 14 700 Reichsmark, während die anderen Kassen (Betriebs- und Innungskassen) Mehreinnahmen in Höhe von etwa 37 000 Reichsmark erzielt haben. Von den 71,9 Millionen Reichsmark Einnahmen der drei Krankenkassengattungen entfallen 57,3 Millionen Reichsmark auf Beiträge der Arbeitgeber und versicherungspflichtige Mitglieder, 5,7 Millionen auf Beiträge der versicherungsberechtigten Mitglieder und 26 000 Reichsmark auf Zusatzbeiträge für Familienhilfe.

Bei den Ausgaben ist der höchste Satz der für Krankengeld mit 20,3 Millionen Reichsmark, während für Krankenbehandlung ohne Sachleistungen 8,2 Millionen, für Arznei und Heilmittel 5,6 Millionen und für Krankenpflege 7,1 Millionen Reichsmark aufgewendet wurden. Alle diese Posten erfahren noch dementsprechende Erhöhungen bei der Krankenpflege für Familienangehörige. Für die Zahnbehandlung wurden insgesamt 2,6 Millionen Reichsmark ausgegeben. Die Vermögensanlagen belaufen sich auf 11,3 Millionen. Interessant ist auch, daß die Gesamteinnahmen z. B. von 27,3 Millionen im Jahre 1914 auf 71,9 Millionen im Jahre 1927 gestiegen sind, im gleichen Verhältnis allerdings auch die Ausgaben. Während man im Jahre 1914 mit etwa 250 000 Reichsmark für Zahnbehandlung auskam, mußte man jetzt 2,6 Millionen dafür ausgeben. Die Verwaltungskosten (einschließlich der persönlichen) sind von etwa 3 Millionen im Jahre 1914 auf 7,2 Millionen im Jahre 1927 gestiegen.

Verband badischer landw. Genossenschaften

Der Verband badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften (Karlsruhe) hatte die Vertreter der ihm angeschlossenen Waren-genossenschaften in Unterbaden zu einer Besprechung in Schwetzingen zusammengerufen.

Verbandspräsident Keidel sprach über die Viehverwertungs-zentrale Karlsruhe, die am 1. Juli d. J. ihre Tätigkeit unter Beteiligung sämtlicher landw. Organisationen Badens aufgenommen hat, und einen Teil des landw. Notprogramms darstellte. Die jetzt schon bestehenden Viehverkaufsstellen werden auf alle badischen Viehmärkte ausgedehnt werden, um einen entscheidenden Einfluß auf die Marktbeschickung zu erreichen. Nachdrücklich wies er hin auf die Wichtigkeit der Qualitätsfrage auf allen landw. Gebieten und die Notwendigkeit der reiflichen Anlieferung sämtlichen Schlachtwiehs an die Viehverwertungs-zentrale, über die Ziele und Aufgaben der Bad. Bauerntrankentasse und der Regens sprach deren Vertreter, Schönbucher. Landwirtschaftsrat Wühl besprach besonders wichtige Fragen für Vorstände und Redner der Genossenschaften. Der Leiter des Getreidebüros Mannheim, Burger, unterrichtete über die Lage auf dem Getreidemarkt.

Deutscher evang. Pfarrertag in Karlsruhe

Vor Eröffnung des Deutschen evang. Pfarrertags in Karlsruhe hielt die Vereinigung preussischer Pfarrervereine im Bürgeraal des Rathhauses unter der Leitung von Superintendent D. Dr. Schäfer, Rensselaer, eine Tagung ab. Arbeitersekretär Hartwig, der auch Reichstagsabgeordneter und Mitglied des Kirchenrats ist, hielt einen Vortrag über „Kirche und Arbeiterkirche“. Er stellte die klare Forderung an die Kirchenleitung und die Pfarrer, daß mit vielen traditionellen Überbleibseln aus der Vorkriegszeit gebrochen werden müsse, um die Spannung zwischen Kirche und Arbeitnehmererschaft zu lösen; vor allem müsse die Kirche zu den großen wirtschaftlichen Fragen ihre Stimme erheben. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Vereinigten Preussischen Pfarrervereine halten es im Hinblick auf die kommenden Wahlen für die kirchlichen Körperschaften für erforderlich, darauf hinzuwirken, daß die Arbeitnehmererschaft eine stärkere Berücksichtigung bei Wahlvorschlägen findet, als es bisher geschehen ist, und erwarten, daß die Pfarrerschaft hierbei ihre Mitwirkung nicht versagt.“

Nachdem der Vorsitzende den Jahresbericht vorgetragen hatte, sprach Pfarrer Meyer, Berlin, über die Befolgungsreform von 1927 und 1928 im Reich, Staat und in der Kirche. Das Ziel der Geistlichen bleibe die völlige Gleichstellung mit den anderen akademisch vorgebildeten Berufsständen.

Gleichzeitig hielt der Badische Pfarrerverein unter Leitung seines nun zum Kirchenrat ernannten Vorsitzenden, Pfarrer Renner, Karlsruhe, seine ordentliche Hauptversammlung ab mit Jahresbericht, Rechnungsablage seiner Kassen und Bericht über seine Schöpfungen, wie Kranken- und Sterbefälle und Töchterheim.

Aus Anlaß des Deutschen evang. Pfarrertages wurde seitens der evangelischen Kirchenregierung folgenden verdienten Geistlichen der Titel Kirchenrat verliehen: Pfarrer Dindelang, Karlsruhe, Leiter des evang.-kirchlichen Pressesamts, Pfarrer Kuhn, Karlsruhe, bekannt durch seine Tätigkeit auf dem Gebiet kirchlicher Kunst, Pfarrer Herrmann, Karlsruhe, der sich als Mitglied der Landesynode um die Schaffung eines neuen Katechismus sehr verdient machte, Pfarrer Doerr, Nidern, langjähriger Schriftleiter des evang. Sonntagsblattes „Die Kirche“, Pfarrer Prof. D. Dr. Frommel, Heidelberg, der sich erfolgreich um die Einführung der theologischen Jugend ins praktische Amt betätigt hat, und Pfarrer Renner, Karlsruhe, Vors. des evang. Pfarrervereins in Baden, dem das Zustandekommen des Deutschen evang. Pfarrertages in Karlsruhe vornehmlich zu verdanken ist.

Die Verurteilung wegen Beleidigung des Staatspräsidenten

Ein bedauerlicher Druckfehler hat sich in den Bericht aus Freiburg eingeschlichen. Die Halbmonatszeitschrift „Der Markgräfler“, deren Redakteur Fritz Heinz Auer wegen Beleidigung des Staatspräsidenten verurteilt wurde, wird von Hermann Burte mit herausgegeben, nicht von Eris Basse, dem Herausgeber der Zeitschrift „Badische Heimat“, der mit der Angelegenheit natürlich nichts zu tun hat.

Fahrplankonferenz in Konstanz

Die Reichsbahn-Personenzugsfahrplan- und Wagenbereitstellungskonferenz, an der die Fahrplanreferenten der Deutschen Reichsbahngesellschaft und der an Deutschland angrenzenden Länder teilnehmen, findet in der Woche vom 17. bis 22. September in Konstanz statt.

Der Gemeindeverband Oberrhein für neue Fahrplangehaltung

Der Gemeindeverband Oberrhein hat an die Reichsbahndirektion Karlsruhe wegen der Fahrplangehaltung auf der Oberrheinbahn eine neue Eingabe gerichtet, in der u. a. betont wird, daß entgegen früheren Verhandlungen die im Sommer 1928 geltenden Zugverbindungen und Anschlüsse im Winterfahrplan keine Verbesserung erfahren hätten. Im Gegenteil müßte die heftigste Lastade vermehrt werden, daß das Zugpaar 72/73 im Winterfahrplan nicht mehr geführt werden soll trotz der dringend notwendigen ganzjährigen Führung dieses Zugpaars. Auch fordert der Gemeindeverband eine zusammenhängende Zugverbindung von Basel über Waldshut—Immendingen nach Stuttgart und umgekehrt mit guten Anschlüssen. Der Verband erklärt, daß er in der Zwischenzeit diesbezügliche Erhebungen angestellt habe, teilweise sogar auf der Strecke, die ein günstiges Ergebnis hatten. Schließlich wird auch die Forderung nach einem zweigleisigen Ausbau der Oberrheinbahn, der immer dringender wird, erhoben.

Aus der badischen Industrie

Arbeiterentlassungen in Mannheim. Wie die „Neue Badische Landeszeitung“ erfährt, werden die Langwerke wie alljährlich um diese Zeit infolge Saisonablaufes zu Arbeiterentlassungen schreiten. Die Zahl der zur Entlassung kommenden Arbeiter wird mit 1200 angegeben. Das Unternehmen gibt bekannt, daß das bisher lebhafteste Geschäft auch weiterhin anhalten wird. Weiter erfährt dieses Blatt zu der Nachricht über bevorstehende Arbeiterentlassungen bei den Benzwerken, daß der Antrag gestellt worden sei um eine Reorganisation der Betriebe und der saisonmäßigen Abschwächung bei gleicher Arbeitszeit eine erhöhte Produktion zu ermöglichen. Nachdem im August der Verkauf recht günstig war, ist nicht mit der Durchführung der Entlassungen zu rechnen.

Die Gesamtwirtschaftslage des Handelskammerbezirks Pforzheim im August weist gegenüber dem Vormonat keine erhebliche Änderung auf. Trotzdem wir der Saison der Hauptindustrie entgegengehen, ist sogar die Zahl der unterstützten Arbeitslosen um über 100 Personen gestiegen. Dabei macht sich infolge Abwanderung zahlreicher tüchtiger Kräfte ins Ausland ein Mangel an Facharbeitern bemerkbar. In der Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie, der Hauptindustrie des Bezirks, haben die Aufträge normalerweise zugenommen, obgleich der Auftragsbestand hinter demjenigen des Vorjahres zurückbleiben dürfte. Allgemein wird nach wie vor über eine Verschlechterung der schon bisher sehr schleppenden Zahlungslage geklagt. Der Export stößt auf immer größere Schwierigkeiten im Ausland, die leider nicht nur auf die hohen Zölle, sondern zum Teil auch auf eine steigende Produktion in manchen unserer bisherigen Absatzgebiete zurückgeführt werden muß. Diese Konkurrenz beeinträchtigt jedoch nicht nur unseren Absatz im Ausland, sondern zum Teil auch im Inland. Hier ist es besonders Österreich, das systematisch die deutsche Detailindustrie besetzt und erhebliche Aufträge in der letzten Zeit hereinbekommen hat. In der Uhren- und Uhrengehäufabrikation hat sich der Geschäftsgang und Beschäftigungsgrad allgemein gegenüber dem Vormonat gebessert, was jedoch nur durch eine starke Reduzierung der Preise ermöglicht worden ist. Der Geschäftsgang in feiner Silberwaren Metallwaren war im Berichtsmonat gut.

Tagungen

Deutsche Landwirtschaftsgenossenschaft. Nach der nunmehr vorliegenden Tagesordnung der vom 12. bis 17. Oktober 1928 in Heidelberg stattfindenden Herbsttagung der Deutschen Landwirtschaftsgenossenschaft geht die Hauptversammlung am 17. Oktober d. J. in der Stadthalle vor sich. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Bericht über die Ausstellung Leipzig 1928, die 35. Wanderausstellung München 1929, Herbsttagung Dresden 1929, Bericht des Direktors von Engelberg von der Bad. Landwirtschaftskammer, Karlsruhe, über „Aktuelle Förderungsprobleme der badischen Landwirtschaft“, und des Majors Freiherrn Bödlin von Bödlin aus in Schloß Rast über Meliorationen. Eine Gesamtausstellung geht am 16. Oktober 1928 voraus. Vom 12. bis 16. Tagen die verschiedenen Ausschüsse.

Tagung der Fortbildungsschullehrerinnen. Am 29. und 30. September halten die badischen Fortbildungsschullehrerinnen in Baden-Baden ihre diesjährige Tagung ab. Zur Beratung stehen die theoretischen und praktischen Unterrichtsfächer in der Mädchenfortbildungsschule. Am Sonntag den 30. September spricht in der Hauptversammlung der bekannte Berliner Ernährungshygiener Dr. Kinkel über das Thema „Die neuzeitliche Ernährungslehre im Lichte der Wissenschaft, Wirtschaft und Schule“.

Aus den Parteien

Einer der bekanntesten Führer der christlichen Arbeiterkraft in Baden, der Landtagsabgeordnete Geurich, beacht dieser Tage seinen 50jährigen Geburtstag. Er ist aus dem Maurerhandwerk hervorgegangen. Durch seine Zugehörigkeit zum christlichen Bauarbeiterverband kam er in die Gemeindefortschrittliche Bewegung, die ihm für seine erfolgreiche Tätigkeit viel zu danken hat. Kurz vor dem Kriege wurde er von Mülhausen im Elsaß nach Freiburg versetzt. Er war Mitglied der badischen Nationalversammlung und ist noch heute Landtagsabgeordneter.

Eröffnung einer Zahnkassenanstalt in Badenweiler. Heute wird in Badenweiler eine eigenartige Anstalt eröffnet, nämlich eine Zahnkassenanstalt, in der gemeinsam die Pflege der Zähne unter den Schülern betrieben werden soll. Die Initiative zur Errichtung dieser Zahnkassenanstalt war von Prof. Dr. Jetter ausgegangen, einem Fachmann, der auf dem Gebiete der Zahnkassenpflege hervorragendes geleistet hat. Er war früher an der Universität Straßburg tätig und nimmt jetzt im Badischen Kantonalen Gesundheitsamt eine leitende Stellung ein. In den Eröffnungsfestlichkeiten nehmen auch Vertreter der Universität Freiburg teil.

Gemeinderundschau

Herabsetzung der Umlage in Überlingen. Der städtische Voranschlag für 1928/29 sieht in Überlingen eine Herabsetzung der Umlagen vor wie folgt: Grundvermögen von 121 auf 89 Pf., Betriebsvermögen von 48 auf 36 Pf. und Gewerbeertrag von 9 M auf 6,66 M. Diese Herabsetzung der Umlagen wird ermöglicht dadurch, daß die letzte Rechnung mit 18 000 M Überschuß abschloß. Dazu kommt der Zuschuß des Elektrizitätswerkes in Höhe von 40 000 M und der Ertrag der in diesem Jahre eingeführten Kurtaxe mit 5000 M.

Bürgermeisterwahlen. In Kallbrunn (N. Wolfach) wurde der Lindenwirt Alois Harter mit 136 von 246 abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister gewählt. — In Engen ist der dritte Wahlgang für die Bürgermeisterwahl ausgefallen, da der Gemeinderat sich entschlossen hat, die Stelle nochmals im Badischen Staatsanzeiger auszufahren.

Baden-Baden errichtet ein Krieger-Denkmal. Der Baden-Badener Stadtrat hat beschlossen, die von Prof. Bagdon vor Jahren geschaffenen Erinnerungstafeln für die Gefallenen Baden-Badens in einer oberhalb des Kurhauses auf dem sog. Kanonenplatz zu errichtenden Erinnerungskapelle in klassizistischem Stil unterzubringen. Da der Kanonenplatz einer der schönsten Aussichtspunkte Baden-Badens ist, erhält nun auch die Bäderstadt ein feiner Selbsten würdiges Denkmal. Die Arbeiten sollen so beschleunigt werden, daß die Einweihung am Sonntag Reminiscere 1929 (24. Februar) vorgenommen werden kann.

Neue Wasserleitung in Oberschleffenz. In Oberschleffenz (Mosbach) fand dieser Tage die feierliche Inbetriebnahme der neuen Wasserleitung statt. Der Bürgermeister hielt die Festansprache. Als Ehrengäste waren u. a. Regierungsrat Schmitt vom Bezirksamt Mosbach und der Vorstand des Wasser- und Straßenbauamts zugegen. Die Anlagen sind sehr sauber ausgeführt und mit den modernsten Einrichtungen versehen. Dankbar ist empfunden worden, daß der alte Schörschörensbrunnen, ein Prachtstück alter Brunnenkunst, bestehen bleibt. Regierungsrat Schmitt beglückwünschte die Gemeinde namens des Landrats und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die neue Wasserleitungsanlage der Anstoß zu weiterer gedeihlicher Entwicklung des alten reichsdeutschen Ortes sein möge.

Die notwendige Erhaltung der Landgemeinden

Gegenüber der Tendenz, durch weitestgehende Eingemeindungen von Landgemeinden oder gar durch Bildung von ländlichen Bezirksvereinen die Großstadtbildung zu fördern, hat der Kasseler Regierungspräsident Dr. F. Friebensburg mit bemerkenswertem Nachdruck darauf hingewiesen, daß das Verbundenheitsgefühl der Einwohner und ihre Verantwortung für das Allgemeinwohl um so enger zu sein pflegt, je kleiner die Gemeinde ist. In den eingemeindeten Vororten, so führte er aus, pflege nur zu oft eine große Zahl ehrenamtlich tätiger und daher aufs engste mit der kommunalen Entwicklung verwachsener Personen durch die berufsmäßige Verwaltungsbürokratie ersetzt zu werden. Diese weise technisch sicherlich nicht selten viel bessere Leistungen auf, aber sie sei dem Geiste der Selbstverwaltung, wie er dem Freiherren von Stein vorzuschwebte, durchaus fremd.

Aus der Landeshauptstadt

Landesverein Badische Heimat. Für den Heimatabend, den der Landesverein Badische Heimat im Rahmen seiner diesjährigen Haupttagung in Karlsruhe am 30. September abhält, haben u. a. die Badische Polizeikapelle unter Leitung des Obermusikmeisters Heiffa und der Karlsruher Lehrergesangsverein ihre Mitwirkung zugesagt. Außerdem konnten für den gleichen Abend gewonnen werden der Karlsruher Mundartdichter Fritz Köhlsch-Neume und Eustachius Dintenmüller, auf dessen humorvollen Karlsruher Rundgang man gespannt sein kann.

Vom Schwarzwaldverein. Die diesjährige Totengedenkfeier des Badischen Schwarzwaldvereins am Denkmal in Allerheiligen findet am Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags 2 Uhr, statt. Die näheren Einzelheiten werden noch bekanntgegeben.

Bücheranzeigen

Bundesstaat, Einheitsstaat und die Höhe der öffentlichen Ausgaben. Von Ministerialrat Karl Sommer. (Verlag R. Oldenbourg, München.) Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hatte in seinem Referat auf der Länderkonferenz in Aussicht gestellt, der Öffentlichkeit weiteres in seinen Händen befindliches Material zur Verfassungfrage zugänglich zu machen. Ein Teil dieses Materials, bearbeitet von Ministerialrat Sommer in München, liegt hier vor. Die Schrift geht von dem Referat des bayerischen Ministerpräsidenten aus und hat, wie ihr Titel besagt, vorwiegend den Zusammenhang der Verfassungsfrage mit der Frage der öffentlichen Lasten zum Gegenstand. Im ersten Teil wird die vielörterte These vom dem billigeren Einheitsstaat einer eingehenden Untersuchung unterstellt. Der zweite Teil befaßt sich mit der Behauptung, Bayern sei ein besonders teuer verwaltetes Land. Die Ausgaben der drei größten deutschen Länder Preußen, Bayern und Sachsen werden in Vergleich gezogen. Aber nicht nur die Kolonnen der Finanzzahlen marschieren aus. Das verfassungsrechtliche Problem wird in seiner Entwicklung und in seiner Verflechtung mit anderen Problemen erörtert. Ausblicke über die Grenzen Deutschlands hinaus verbreitern die Grundlage. Wichtige Auseinandersetzungen in Schrifttum, Presse und Parlament sind beachtet und gewürdigt, nicht nur vom juristischen, sondern auch vom verfassungs- und finanzpolitischen und wirtschaftlichen Standpunkt. Der Struktur Bayerns und Süddeutschlands wird besonders Augenmerk zugewendet. Der Bauern- und Mittelstand, seine Not und die hohe Bedeutung dieses Standes für Deutschlands Zukunft finden besondere Würdigung. Bayerns Finanzkraft und seine gesamten öffentlichen Ausgaben sind eingehend dargestellt. Wer nach der besten Form für Deutschlands Einheit sucht, findet in dieser Schrift, gleichviel wie er sich zur Verfassungsfrage stellt, manchen Anhalt. Eine ergänzende Schrift „Bayern zur Verfassungsreform“ hat Ministerialrat Dr. v. Jan im selben Verlag herausgegeben.

Walter von Döhlender: „Zeit oder nie.“ Roman. (Drosch. 3 M. Verlag Ullstein, Berlin.) — Im Mittelpunkt des Romans steht ein prachtvoll tüchtiges Geheimrats-Töchterchen, das sich nicht lange mit Lamentieren über die peinlichen Folgen der Geldentwertung aufhält, sondern frisch und heiter ein neues und durchaus eigenes Leben aufzubauen versteht.

Kurze Nachrichten aus Baden

11. Wiesloch, 11. Sept. Gestern wurden beim Aufreißen eines alten Stubenbodens im nordöstlichen Teil des Taimbacher Schlosses 116 Goldmünzen aus dem 17. und 18. Jahrhundert gefunden. Die Münzen waren in einem Glasgefäß aufbewahrt. Die Münzen sind sämtlich von Gold und von verschiedener Größe. Es befinden sich darunter als besonders wertvoll Nürnberger Gedenkmünzen aus dem Jahre 1654, sechs französische Münzen von 1693, 28 Goldmünzen in großem Format aus der Regierungszeit Carl Ludwigs, des Kurfürsten von der Pfalz, aus dem Jahre 1733. Besonders wertvoll dürften 27 aus den Jahren 1635 bis 1743 stammende Münzen mit dem Wahlspruch „Einigkeit macht die Sache wachsen“ sein.

10. Rastatt, 10. Sept. Der in landwirtschaftlichen Kreisen weitlich bekannte Leiter des Versuchs- und Lehrzuges der Badischen Landwirtschaftskammer in nächster Nähe von Rastatt, Oberlandwirtschaftsrat Vuk, hat einen Ruf an die Deutsche Landwirtschaftliche Gesellschaft in Berlin erhalten.

13. Freiburg, 12. Sept. Im Hinblick auf die Verhandlungen des Badischen Landtages über das Projekt des Schlachtfelds veröffentlicht der Landesverein Badische Heimat e. V. (City Freiburg) eine Erklärung, worin er seine schon früher geäußerten Bedenken wiederholt, und namentlich für die unversehrte Erhaltung des Titisees eingetreten wird.

12. Konstanz, 12. Sept. Die Fänge in Blaufelden haben außerordentlich ergiebige Resultate erzielt, und es ist zu erwarten, daß bei der günstigen Witterung die Mastenfänge auch in dieser Woche anhalten. Von den einzelnen Fischern werden täglich bis zu 100 Pfund an die Fischgroßhändler abgegeben. Der Preis, der vorher noch für das Pfund 2—2,30 M betragen hatte, ist mit dem Einsetzen dieser Großfänge um nahezu die Hälfte gesunken.

11. Kaiserslautern, 11. Sept. Zu dem neuen Befestigungsplan erfahren wir noch: Das Dienstmädchen, das nach seinen Angaben am Abend des 9. September in nächster Nähe der Kaserne von Kaiserslautern von mehreren französischen Soldaten überfallen, und als es um Hilfe schrie, blutig geschlagen wurde, ist am folgenden Nachmittag von der Militärbehörde verhaftet und ins Militärgefängnis gebracht worden. Die Untersuchung des Vorfalls wird auf Seiten der deutschen Behörden fortgesetzt. Mehr läßt sich zur Zeit nicht sagen. Das Mädchen bleibt bei seinen Aussagen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	12. Sept.		11. Sept.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.04	168.30	168.06	168.40
Kopenhagen 100 Kr.	111.82	112.04	111.85	112.07
Italien . . . 100 L.	21.925	21.965	21.935	21.975
London . . . 1 Pf.	20.337	20.377	20.342	20.378
New York . . . 1 D.	4.1930	4.2010	4.1935	4.2015
Paris . . . 100 Fr.	16.36	16.40	16.365	16.405
Schweiz . . . 100 Fr.	80.70	80.76	80.72	80.87
Wien 100 Schilling	59.06	59.18	59.085	59.205
Prag . . . 100 Kr.	12.42	12.446	12.428	12.448

Der Badische Geschäftskalender

für 1929

gegründet im Jahr 1852 von J. H. Geiger (Moritz Schauenburg) in Lahr ist erschienen

Nach dem neuesten Stand bearbeitet, enthält er die Darstellung sämtlicher Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden und ihrer Beamten, sowie der sonstigen Organisationen in Baden

Für Behörden, Beamte und Geschäftsleute ein unentbehrliches Nachschlagewerk

Zu beziehen vom **Badischen Kommunalverlag**, Buchvertriebsstelle, Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14, und durch alle Buchhandlungen

GALERIE MOOS

Kaiserstraße 187

Gemälde von

ADOLF LUNTZ

H. Bunge — W. Winkler

September 1928

Impfung 1928.

Die unentgeltliche Herbstimpfung der Kinder der Stadt Karlsruhe und der Vororte wird in der Zeit vom 19. September 1928 bis mit 28. September 1928 in der Gartenschule vorgenommen, und zwar:

- Dienstag, den 18. Sept. 1928, nachmittags 5 Uhr,
- Mittwoch, den 19. Sept. 1928, nachmittags 5 Uhr,
- Donnerstag, den 20. Sept. 1928, nachmittags 5 Uhr,
- Freitag, den 21. Sept. 1928, nachmittags 5 Uhr,
- Dienstag, den 25. Sept. 1928, nachmittags 5 Uhr, Rastbach,
- Mittwoch, den 26. Sept. 1928, nachmittags 5 Uhr, Rastbach,
- Donnerstag, den 27. Sept. 1928, nachmittags 5 Uhr, Rastbach,
- Freitag, den 28. Sept. 1928, nachmittags 5 Uhr, Rastbach.

Karlsruhe, den 8. Sept. 1928. R. 719
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion. D.-Z. 88

Bühl. R. 716
Sofie geb. Lang, Vertrag vom 27. August 1928 Güterrechtsregisteramt, I. S. 36. Friedrich Wöhl, I. S. 36. Friedrich Wöhl, I. S. 36. Scheiner in Lauf, und 10. Sept. 28. Amtsgericht II.

Bekanntmachung.

Die Stadt Karlsruhe hat auf Grund des Gesetzes vom 23. Juni 1900 über das Genehmigungsverfahren bei Eisenbahnanlagen und des § 29 des Straßengesetzes vom 14. Juni 1884 um die Genehmigung zum Bau und Betrieb einer doppelgleisigen Straßenbahnlinie nach dem Stadtteil Rintheim nachgesucht. Diese Linie bildet die Weiterführung der bereits bestehenden Gleisanlage im südlichen Teil der Tullastraße, kreuzt in Höhe der Gerwigstraße die Industriebahn „Ost“ als Nebenabzweig, durchzieht die Tullastraße weiter bis zum Friedhof, wo sie in doppelgleisiger Abzweigung in die bestehende Gleisanlage der Karl-Wilhelm-Straße verläuft. In der Höhe der Tulla- und Rintheimer Straße verläuft die Gleisanlage in einem doppelgleisigen Dreieck in die Rintheimer Straße ab und durchzieht dieses bis zum Stadtteil Rintheim; von hier ab wird sie in die neu zu errichtende Mannheimer Straße verlegt und endet in Höhe des Hirtenwegs mit einer Schlußweiche. R. 720
Die Pläne des Unternehmens liegen innerhalb 14 Tagen von dem Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung in den in Betracht kommenden Karlsruher Tageszeitungen an gerechnet beim Bezirksamt Karlsruhe und auf dem Rathaus der Stadt Karlsruhe auf. Etwasige Einwendungen gegen das Unternehmen sind innerhalb dieser Frist beim Bezirksamt Karlsruhe oder bei dem Bürgermeisteramt Karlsruhe vorzubringen. D.-Z. 80.
Karlsruhe, den 1. September 1928.
Der Finanzminister.

Schusswaffen und Munition

Unsere Bekanntmachung obigen Betreffs vom 24. August 1928 wird folgendermaßen ergänzt:
1. (Zu Ziffer 6 der Bekanntmachung vom 24. August 1928).
Eines Waffen- oder Munitionserwerbsscheines bedarf nicht, wer gewerbsmäßig Schusswaffen oder Munition erwerben, feilhalten, oder anderen überlassen, oder wer gewerbsmäßig den Erwerb oder das Überlassen solcher Waren vermitteln, oder sich gewerbsmäßig zum Erwerb oder Überlassen solcher Waren erziehen will, wenn er die zu dieser Tätigkeit erforderliche (Handels-)genehmigung des Bezirksamts besitzt, also die in Ziffer 2 der Bekanntmachung vom 24. August 1928 genannten Personen.
2. (Zu Ziffer 10 unserer Bekanntmachung vom 24. August 1928).
Für Schießsporttreibende gelten bezüglich der Frage, ob sie einen Waffenschein bei sich tragen müssen, die allgemeinen Bestimmungen. Demnach muß ein Waffenschein bei sich tragen, wer eine Schusswaffe außerhalb der Wohnung, den Geschäftsräumen, oder des befriedeten Besitzums „führen“ will. Dies gilt jedoch kraft gesetzlicher Ausnahme nicht für den Gebrauch einer Schusswaffe auf polizeilich genehmigten Schießständen, sowie für die Überlassung einer Schusswaffe oder von Munition auf einem polizeilich genehmigten Schießstand zur Benutzung lediglich auf diesem Schießstand. Bei jeder anderen Handhabung der Waffe außerhalb des Hauses usw. ist ein Waffenschein erforderlich, sofern die Handhabung der Waffe als „Führen“ derselben zu betrachten ist. D.-Z. 82
Karlsruhe, den 6. September 1928.
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Bei der Stadtgemeinde Eberbach ist die Stelle

1. Verwaltungsratschreibers

alsbald neu zu besetzen.
In Betracht kommt nur eine erste Kraft, welche über die erforderliche Sachkenntnis und Erfahrungen verfügt und ihre Befähigung durch die erfolgte Ablegung der Prüfung für den gehobenen mittleren Dienst bei der Staatsverwaltung oder bei einer Stadtverwaltung nachweisen kann. Besonderen Wert wird auf gute Kenntnisse und Erfahrungen im Gemeindebereichs- und Steuerwesen sowie auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege gelegt. R. 891
Die Bewerber sollen das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben.
Für die Besetzung ist die Besoldungsordnung der Stadtgemeinde Eberbach vom 23. Februar 1928 maßgebend. Die Einreichung in Gruppe und Stufe der Besoldungsordnung bleibt einer besonderen Entscheidung des Gemeinderats noch vorbehalten.
Nach einer Probezeit von 6 Monaten erfolgt die Anstellung als planmäßiger Beamter.
Den Gesuchen sind anzuschließen: Ein handschriftlich geschriebener Lebenslauf, ein Geburtschein, der Nachweis der abgelegten Fachprüfung, lückenlose Bescheinigungen- und Führungszeugnisse in beglaubigten Abschriften, ein Leumundzeugnis und Angabe der Besoldungsansprüche.
Vor der Anstellung hat sich der Bewerber, der in Aussicht genommen ist, einer Untersuchung durch einen vom Bürgermeister zu bezeichnenden Arzt zu unterziehen.
Die Bewerbungen sind bis spätestens 5. Oktober d. J. an die persönliche Adresse des unterzeichneten Bürgermeisters zu richten. Persönliche Vorstellung ist nur auf besondere Aufforderung erwünscht.
Eberbach, den 11. September 1928.
Der Bürgermeister:
Dr. Frank.

Beim Städtischen Vermessungsamt Freiburg im Breisgau ist sofort die Stelle eines

mittleren Vermessungsbeamten

zu besetzen. R. 890
Die Anstellung erfolgt zunächst im Angestelltenverhältnis nach Gruppe VII (2800—4400) der Stadtbesoldungsordnung mit Aussicht auf spätere Anstellung im Beamtenverhältnis.
Bewerbungen von staatlich geprüften badischen mittleren Vermessungsbeamten wollen unter Anschluß eines selbstgeschriebenen Lebenslaufs sowie von Zeugnissen, Schrift- und Zeichenproben bis 1. Oktober 1928 eingereicht werden.
Freiburg im Breisgau, den 10. Sept. 1928.
Städtisches Vermessungsamt.

Bekanntmachung.

R. 715. Donaueschingen.
Der Nachlaß des Land- u. Gastwirts August Eglein Eschbach († 29. Juni 1928) wird amtlich verwaltet (§§ 1975, 1981 B.G.B.).
Notariat II als Nachlassgericht.
Dr. Seiblaeger.

Einbau des hölzernen Treppengedecks und der Treppenauftritte für den Zollsteig im Grenzbahnhof Wintersdorf öffentlich zu vergeben: Zusammen- und Einbau der Gedecktafel 161 qm, Einbau u. Befestigen der hölzernen Treppenauftritte 418 Stück Pläne u. Bedingungsheft auf dem Geschäftszimmer im Personenbahnhof einzusehen, kein Versand nach auswärts. Angebot-Verdrude auf der Kasse erhältlich, mit entsprechender Aufschrift bis spätestens Samstag, den 22. Sept. 28., vorm. 10 Uhr, bei mir verschlossen einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. Rf. 10. Sept. 28. Reichsbahn-Bauamt Karlsruhe II. 717

Badisches Landestheater

Donnerstag, 13. September
*D 1 (Donnerstagnacht)
Th.-Gem. 3. S. (1. Hälfte)
Kalkutta, 4. Mai
Schauspiel von Feuchtwanger
Anfang 20 Ende n. 22 1/2
Preise A (0,70—5,00)
Fr. 14. Sept. Der Londoner verlorene Sohn. Sa. 15. Sept. neueinstudiert: Und das Licht scheint in der Finsternis. So. 16. Sept. neueinstudiert: Hofmanns Erzählungen. Di. 18. Sept. Schinderhannes

Colosseum

Nur noch bis Freitag
Täglich abends 8 Uhr
Berliner Neuback-REVUE
Ohne Kleid — tut mir leid!
Der große Erfolgserfolg der Saison!
Dr. Seiblaeger.